

# Pressemitteilung

## **Veranstaltung zu BWKG -Kampagne „Umsonst ist keine Reha.“: Übergabe von 15.919 Unterschriften an die Politik**

Reumann: Patienten, Mitarbeiter, Angehörige und Besucher machen sich für die Reha stark

Ihre Ansprechpartnerin:  
Annette Baumer  
Referentin für  
Presse und Politik  
Telefon 0711 25777-45  
Telefax 0711 25777-99  
baumer@bwkg.de

Stuttgart, 11.05.2015

„Die positiven Wirkungen einer guten Rehabilitation sind unbestritten und weithin bekannt. Und trotzdem wird nicht jede medizinisch notwendige Reha genehmigt und bezahlt“, macht der Vorstandsvorsitzende der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, Thomas Reumann, bei der heutigen Veranstaltung der BWKG zur Reha-Kampagne mit dem Motto „Umsonst ist keine Reha.“ in Stuttgart deutlich. Menschen, die von einer guten Reha profitieren würden, blieben noch immer im Antragsdickicht stecken. Über notwendige Rehas würde teilweise nach Kassenlage entschieden und die Finanzierung der Reha-Kliniken sei nach wie vor unzureichend. Dies zeige auch wieder der jüngste BWKG-Indikator (1/2015): Danach haben im Jahr 2014 40,8 % der Reha-Kliniken im Land rote Zahlen geschrieben. „Dass sich bei den Problemen der Reha kaum etwas bewegt, hat für uns den Anstoß gegeben, gemeinsam die Kampagne zu starten“, so Reumann.

„Wir freuen uns, dass sich 15.919 Menschen im Land mit Postkarten und Unterschriften für die Reha stark machen. Patienten, Mitarbeiter, Angehörige und Besucher zeigen damit, wie sehr ihnen das Thema Rehabilitation am Herzen liegt“, bewertet der Vorstandsvorsitzende, der auch Reutlinger Landrat ist, den bisherigen Erfolg der Reha-Kampagne. 91 baden-württembergische Reha-Kliniken haben in den letzten Monaten die

Postkarten und Unterschriften gesammelt, die heute übergeben werden. „Wir freuen uns, dass sich die Abgeordneten Karin Maag, Heike Baehrens und Manfred Lucha der Diskussion stellen und wir ihnen heute symbolisch die Postkarten überreichen können. Damit sind aber natürlich auch ganz konkrete Forderungen verbunden“, so Reumann.

„Wir fordern von der Politik, dass jede medizinisch notwendige Reha genehmigt und auch angemessen vergütet wird“, so Reumann weiter. Außerdem müsse der Antrags- und Genehmigungsprozesses in der Gesetzlichen Krankenversicherung dringend vereinfacht werden. In einer guten Reha gewinnen Menschen Kraft, Lebensqualität und Zukunftsperspektiven zurück. Viele Berufstätige können dank Reha wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren. Reha vermeidet oft die Frühverrentung, spart Arbeitgebern und Versicherten Kosten und wirkt dem Fachkräftemangel entgegen. Ältere Menschen können nach einer Reha weiter zu Hause leben. Über eine Reha werde aber teilweise immer noch nach Kassenlage entschieden.

„Mit dem Geld, das eine Klinik pro Tag für eine Reha bekommt, kann man nicht mal eine Übernachtung in einem Mittelklassehotel bezahlen“, so Reumann. Damit müssten aber die komplexen ärztlichen, therapeutischen und pflegerischen Leistungen, die moderne medizinisch-technische Ausstattung sowie die Unterkunft und Verpflegung der Patienten bezahlt werden.

Die finanziellen Engpässe seien auf politische Vorgaben zurückzuführen: In der Rentenversicherung, die vor allem für die Rehabilitation von Berufstätigen zuständig ist, gab es zwar eine Abschwächung des Budgetdeckels, aufgehoben wurde er aber nicht. Außerdem unterbleiben Rehabilitationen bei älteren, oft multimorbiden Patienten, für die die Krankenversicherung verantwortlich ist. Grund ist, dass die Krankenversicherung eine Reha für ältere Menschen bezahlen muss, während vor allem die Pflegeversicherung profitiert. Wenn die Anreize so gesetzt sind, braucht man sich über das Ergebnis nicht zu wundern: Die gesamten Leistungs-Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung haben von 2003 bis 2013 um etwa 35% zugenommen. Gleichzeitig sind die Ausgaben für die Rehabilitation von Nicht-Erwerbstätigen mit 5,6% viel geringer gestiegen, obwohl es immer mehr alte Menschen gibt, die eine Reha brauchen.

Die zentralen Forderungen an die Politik fasst Reumann wie folgt zusammen:

1. Eine Reha muss schnell und einfach beantragt werden können. Im Fall einer Ablehnung müssen die Gründe dem Betroffenen transparent gemacht werden.
2. Keine Reha-Steuerung nach Kassenlage: Jede medizinisch notwendige Reha muss finanziert werden. Die weiterhin bestehende Budgetierung der Reha-Ausgaben der Rentenversicherung muss aufgehoben werden. Es muss einen finanziellen Ausgleich zwischen der Pflege- und der Krankenversicherung geben.
3. Die aktuellen Vergütungssätze reichen nicht, um die notwendigen Reha-Leistungen zu finanzieren. Wir fordern ein Gesetz, das endlich die gerechte Vergütung von Reha-Leistungen festschreibt!

**Seit Herbst 2014 beteiligen sich 91 baden-württembergische Kliniken an der BWKG-Kampagne „Umsonst ist keine Reha.“ Im Mittelpunkt der Kampagne stehen die ganz persönlichen Geschichten von Patientinnen und Patienten. Sie machen sich für die Reha stark und zeigen in der Kampagne Gesicht: Auf Postern, Postkarten und im Internet unter [www.umsonst-ist-keine-reha.de](http://www.umsonst-ist-keine-reha.de).**

**Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e.V. ( BWKG) ist ein Zusammenschluss von 425 Trägern mit 112 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, 217 Krankenhäusern sowie 509 Pflegeeinrichtungen (davon 59 ambulante Pflegedienste und 37 Einrichtungen der Behindertenhilfe), die über insgesamt 110.228 Betten/Plätze sowie ambulante Behandlungskapazitäten verfügen. Die BWKG steht Einrichtungen unabhängig von deren Rechtsform und Trägerstruktur offen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.**